



## PRESSEMITTEILUNG

### EL SALVADOR MUSS DAS AMNESTIEGESETZ AUSSER KRAFT SETZEN

23. März 2010

AI-Index: PRE01/102/2010

Amnesty International forderte heute die Behörden von El Salvador auf, das Amnestiegesetz aufzuheben, das die Verantwortlichen für Tausende von Morden und Verschwundenen während des 12 Jahre dauernden bewaffneten Konflikts schützt. Darunter fällt auch die Ermordung des katholischen Erzbischofs Monseñor Romero am 24. März 1980.

Amnesty International appellierte auch an die Sicherheitskräfte des Landes, bei Ermittlungen jeder Art aktiv mitzuarbeiten, indem sie vollständigen Einblick in ihre Archive zulassen.

„Es ist inakzeptabel, dass die Verantwortlichen für Tausende Fälle von Verschwindenlassen, Ermordungen und Folter für ihre Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind,“ sagte Kerrie Howard, stellvertretende Direktorin für Amerika bei Amnesty International. „Das Amnestiegesetz muss dringend außer Kraft gesetzt und vollständige Untersuchungen müssen eingeleitet werden.“

Monseñor Oscar Arnulfo Romero wurde erschossen, als er in der Kapelle eines Krankenhauses die Messe las. Während seiner Beerdigung am 30. März 1980 wurden mehr als 20 seiner Anhänger vom Militär erschossen.

Ein Bericht der Wahrheitskommission von El Salvador zog im Jahr 1992 den Schluss, dass es Beweise dafür gibt, dass der frühere Major Roberto D'Aubuisson (inzwischen verstorben) den Mitgliedern seiner Sicherheitskräfte angeordnet hatte, Monseñor Romero im Stil einer „Todesschwadron“ zu ermorden.

Im Jahr 1993 wurde ein Generalamnestie-Gesetz beschlossen, das Täter vor Strafverfolgung schützt. Niemand wurde für eines der Menschenrechtsverbrechen während des bewaffneten Konfliktes vor Gericht gestellt.

El Salvador hat im Jahr 2009 vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission seine internationale Verantwortlichkeit für den Tod von Monseñor Romero anerkannt. Bisher wurden jedoch keine Schritte unternommen, um den Vorfall zu untersuchen.

Tausende von SalvadorianerInnen wurden während des bewaffneten Konfliktes in El Salvador ermordet, verschwanden, wurden vergewaltigt oder zwangsweise als Kindersoldaten rekrutiert.

## Hintergrundinformationen

Zwischen 1980 und 1992 führte ein heftiger bewaffneter Konflikt zu schweren und weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen wie außergerichtlichen Hinrichtungen, anderen ungesetzlichen Tötungen, „Verschwindenlassen“ und Folter.

Zu den Opfern gehörten Menschenrechtsverteidiger, Gewerkschafter, Rechtsanwälte, Journalisten, Oppositionelle zur Regierung (ob tatsächlich oder mutmaßlich) und zum größten Teil unschuldige Zivilisten, die nicht direkt am Konflikt beteiligt waren. Ganze Dörfer wurden von den Streitkräften angegriffen und die Einwohner getötet.

Kinder wurden ermordet, „verschwanden“, zur Adoption innerhalb El Salvadors oder im Ausland freigegeben oder als Waisen in Heimen oder Militärbaracken festgehalten. In vielen Fällen wurde ihnen gesagt, sie seien von ihren Eltern verlassen worden.

Nicht nur die salvadorianische Armee beging Menschenrechtsverletzungen, sondern auch „Todesschwadronen“ waren für eine beträchtliche Anzahl von Morden in dieser Zeit verantwortlich. Die bewaffnete Opposition FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) war ebenfalls verantwortlich für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen.

Übersetzung: El Salvador Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original: **El Salvador urged to repeal Amnesty Law**

<http://www.amnesty.org/en/for-media/press-releases/el-salvador-urged-repeal-amnesty-law-2010-03-23>

